



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 27. November 2025

Landeshaus

Tel. (0431) 988 1143

(0431) 988 1152

Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 110. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 27. November 2025,

unmittelbar im Anschluss an die gemeinsame Sitzung mit dem Sozialausschuss

(voraussichtlich 15:00 Uhr)

im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 15:05 Uhr

1. Bericht der Landesregierung über den in der „Nachschiebeliste“ vorgesehenen Personalaufwuchs in den Bereichen Landespolizei und Verfassungsschutz

Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)

Umdruck [20/5569](#)

Die Innenministerin berichtet, eine Aussprache folgt. Der Ausschuss möchte sich Anfang 2026 in vertraulicher Sitzung mit Einzelheiten zu den Bereichen Drohnenabwehr, Spionage- und Sabotageabwehr befassen. Die Innenministerin sichert zu, dem Ausschuss ihren Sprechzettel zur Verfügung zu stellen.

2. Bericht der Landesregierung über Hinweise der Landesregierung an die Versammlungsbehörden zum Umgang mit Versammlungen auf Autobahnbrücken

Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)

Umdruck [20/5392](#)

Die Innenministerin berichtet, eine Aussprache folgt. Der Ausschuss bittet um Übersendung der den Versammlungsbehörden zur Verfügung gestellten Hinweise.

3. Bericht der Landesregierung anlässlich der Berichterstattung über ein Ermittlungsverfahren wegen einer schweren staatsgefährdenden Straftat im Kreis Ostholstein

Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)

Umdruck [20/5404](#)

Justizministerium, Staatsanwaltschaft Flensburg und Innenministerin berichten. Eine Aussprache schließt sich an. Der Ausschuss bittet um einen Folgebericht nach Abschluss der Ermittlungen.

4. Bericht der Landesregierung über die in der „Nachschiebeliste“ vorgesehenen Bedarfe an externen Sicherheitskräften für den Justizvollzug

Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)

Umdruck [20/5600](#)

Das Justizministerium berichtet, eine Aussprache folgt. Die Justizstaatssekretärin verspricht, dem Ausschuss ihren Sprechzettel zur Verfügung zu stellen.

5. Bericht zu getroffenen und zukünftigen Maßnahmen gegen Hass, Hetze, Diskreditierung und Desinformation gegen Justizangehörige

Berichtsantrag des Abgeordneten Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umdruck [20/5031](#)

Justizstaatssekretärin Heß berichtet und sichert die Übersendung des Sprechzettels zu.

6. Folgeberichterstattung der Landesregierung zur Gewalttat in Reinbek am 16. Mai 2025

Angebot der Landesregierung

hierzu: Umdruck [20/4872](#)

Justizministerium, Staatsanwaltschaft Lübeck und Sozialministerium berichten. Die Staatsanwaltschaft wird um Übersendung des Sprechzettels – soweit vorgetragen – gebeten.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung des Forstgutsbezirkes Sachsenwald

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Drucksache [20/3588](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Umdruck [20/5341](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Umdruck [20/5533](#)

Der Ausschuss berät Gesetzentwurf, Änderungsanträge und die eingegangene Stellungnahme, Umdruck [20/5591](#). Sodann nimmt er mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bei Enthaltung von FDP und SSW die Änderungsanträge, Umdruck [20/5341](#) und Umdruck [20/5533](#), an. Den so geänderten Gesetzentwurf, Drucksache [20/3588](#), empfiehlt er mit dem selben Stimmverhältnis dem Landtag zur Annahme.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes und weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache [20/3589](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck [20/5608](#)

Der Ausschuss berät kurz zu dem Änderungsantrag und kommt überein, die Vorlage zur 2. Lesung im Dezember-Plenum anzumelden sowie die Beratung in der kommenden Woche abzuschließen.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verfassungsschutzes im Lande Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [20/3754](#)

Der Ausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen (Benennung bis 10. Dezember 2025, Frist für Stellungnahmen: Mitte Februar 2026).

10. Information/Kenntnisnahme

Unterrichtung [20/294](#) – Entwurf einer Landesverordnung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlass von Verordnungen nach § 6a Absatz 5a Satz 2 des Straßenverkehrsgesetzes

Unterrichtung [20/298](#) – Ergebnisprotokoll der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 22.–24. Oktober 2025

Unterrichtung [20/299](#) – Vorbereitung einer Novellierung des NDR-Staatsvertrags

Die Vorlagen werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

11. Verschiedenes

Der Ausschuss fasst ins Auge, für die mündlichen Anhörungen zu den Gesetzentwürfen zur Verfassungsänderung sowie zum Verfassungsschutzgesetz im Frühjahr 2026 jeweils zwei ganze Werktage (Mittwoch und Donnerstag) freizuhalten.

Schluss: 17:50 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka